

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis bei täglich normaler Zustellung incl. Post monatlich RM. 3,30, durch Zahlung RM. 3,30 einzeln, 47,50 Wpl. Wochenzahlung (Vorschusszahlung) bei Nebenabnahme Berlin, Auguststr. 10 Wpl., außerhalb Berlin mit Wochenzahlung 15 Wpl.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-III, Marienstraße 18/22, Fernruf 25241. Postfachkonto 1008 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Stadtschreibers beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlagspreis 11. Reichsmark Nr. 6; Wochenzahlung RM. 3,30, durch Zahlung RM. 3,30 einzeln, 47,50 Wpl. Wochenzahlung (Vorschusszahlung) bei Nebenabnahme Berlin, Auguststr. 10 Wpl., außerhalb Berlin mit Wochenzahlung 15 Wpl.

## Sowjetrussisches Kanonenboot versenkt:

# Schweres Gefecht mit Japanern am Amur

## Neuer schärfster Protest Tokio in Moskau

Tokio, 30. Juni.

Nach einem Bericht der japanischen Avantgardearmee ist es in der Nähe der von Sowjettruppen widerrechtlich besetzten Amurinseln Sennusa und Bohshoi zu einem schweren Gefecht zwischen drei sowjetrussischen Kanonenbooten und einer mandchurisch-japanischen Grenzwache gekommen. Bei dem Kampfe wurde ein Sowjetkanonenboot versenkt und ein anderes schwer beschädigt.

Die japanische Regierung hat gegen diese neuen sowjetrussischen Übergriffe noch einmal scharfsten Protest eingelegt und erneuerte Gegenmaßnahmen angedroht, falls die Japanerungen Witwinow-Hinterstellungen in Zukunft nicht eingehalten würden. Die Geduld Japans gegenüber den häufigen sowjetrussischen Provokationen sei am Ende.

Wegen des Zwischenfalls auf dem Amur hat das japanische auswärtige Amt folgende Erklärung abgegeben: Die Lage auf dem Amur an der mandchurisch-sowjetrussischen Grenze war schon lange deswegen sehr gespannt, weil die sowjetrussischen Truppen die beiden Inseln Sennusa und Bohshoi besetzten, um den Wasserweg zu schließen. Aber da der sowjetrussische Außenminister Witwinow auf den schärfsten Protest der japanischen Regierung hin dem japanischen Botschafter Shigemitsu gegenüber die Zurückziehung der Streitkräfte versprochen, haben die Lage einseitig verschlechtert.

Dieses Versprechen ist selber von der sowjetrussischen Seite nicht eingehalten worden. Die sowjetrussischen Truppen, die die Inseln besetzten, zogen sich nämlich nicht zurück, sie nahmen sogar eine provokierende Haltung ein. Ausgehend dieser Sachlage waren die japanisch-mandchurischen Grenzschutztruppen dazu gezwungen, ihrerseits auch Selbstverteidigungsmaßnahmen zu treffen, was schließlich zu diesem bedauerlichen Zwischenfall führte. Die japanische Regierung bedauert sehr diese unehrliche Haltung der Sowjetregierung und hofft, daß die Sowjets so bald wie möglich ihre Streitkräfte zurückziehen, um den Zustand nicht weiter zu verschlechtern.

Die Ereignisse am Amur zeigen erneut, was von sowjetrussischen Zusicherungen zu halten ist. Sie sind kaum als ein

Versäumnis unterer Kommandostellen zu betrachten, da die Rückmeldung über ein ausgezeichnetes Nachrichtenwesen verfügt und die Organe im Fernen Osten bereits von den Abmachungen zwischen dem japanischen Botschafter in Moskau Shigemitsu und dem Außenminister Witwinow-Hinterstellungen unterrichtet sein mußten. Es handelt sich also um eine ganz bewußte Provokation. Dafür spricht auch, daß die von Witwinow angekündigte Zurückziehung der Sowjettruppen nicht erfolgte, sondern im Gegenteil weitere rote Streitkräfte am Amur zusammengezogen wurden. Es ist ja ein bekannter Grundsatz der bolschewistischen Lehre, daß Abmachungen mit nicht-sowjetischen Staaten nicht binden. So hält sich der Krim ja auch nicht an die Bestimmungen des Nicht-Einmischungsauswahls. Wie in Europa, so rufft im Fernen Osten Moskau Zwischenfälle hervor als gewerkschaftlicher Unruheherd. Nichts ist die Rücklage der Sowjettruppen in Europa gegen Deutschland und Italien, so in Ostasien gegen Japan, das mit dem Deutschen Reich ein Abkommen zur Bekämpfung des Bolschewismus geschlossen hat. Japan wird die gebührende Antwort zu erteilen wissen. In den Vorkriegsjahren dürfte der neue Reichsdruck Moskaus unangenehm empfunden werden, da er wieder unter Beweis stellt, daß das Gesicht des Bolschewismus überall dieselbe ist. Vermutlich wird man aber wieder mit Entschärfungsmaßnahmen schnell bei der Hand sein.

Einen weiteren politischen Hintergrund erhält der bolschewistische Überfall auf japanische Grenztruppen noch dadurch, daß zur Zeit zwischen England und Japan Verhandlungen schweben, die ein besseres Einverständnis zwischen diesen beiden Staaten herbeiführen sollen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Schiffe am Amur das Ziel verfolgen, die den Bolschewiken unerwünschten Beziehungen in London mit einer verstärkten Spannung zwischen Moskau und Tokio zu belasten.

## Internationale II bis IV

Die Zweite und die Dritte Internationale haben sich auf französischem Boden zusammengesetzt, um ein gemeinsames Vorgehen in der spanischen Frage zu beraten. Sie fordern die aktive Einmischung zugunsten der Valencia-Bolschewiken. Das sind keineswegs Beschlüsse, die lediglich auf dem Papier stehenbleiben, sondern sie werden ihre praktischen Folgen haben. Eine der wichtigsten europäischen Regierungen wird ja von einer Mehrheit gestützt, in der Sozialisten und Kommunisten das Übergewicht besitzen, und die Hochburgen der „Demokratie“ zeichnen sich alle dadurch aus, daß in ihnen zum mindesten die Zweite Internationale über einen tiefgreifenden Einfluß verfügt. Damit paart sich durchweg auch die Freundschaft zur Dritten Internationale, die offen bekundet wird. Auch in den Beschlüssen von Annemasse kommt die geistige Verwandtschaft zum Ausdruck. Sozialisten und Kommunisten berufen sich auf Karl Marx, und mögen sich die Sozialisten zeitweise auch noch so sehr bedeckt haben, so ist doch zwischen Zweiter und Dritter Internationale noch nie ein wirklicher Kampf zu verzeichnen gewesen. Beide verfechten den Klassenkampf; beider Lied ist die „Internationale“, die angeblich das Menschenrecht erkämpfen soll. Ein Körner war es auch in den deutschen Strahlen. Die heranwachsende Generation kennt es zum Glück überhaupt nicht mehr und weiß höchstens, daß es die amtliche Hymne der Sowjetrepublik ist. Als solche wurde die Internationale aus Gründen der internationalen Öffentlichkeit auch bei der großen Königsparade der englischen Flotte beim Vorbeifahren des bolschewistischen Schiffes gespielt. Nicht von der deutschen Marinekapelle; diese begab sich vielmehr unter Deck, als der Arsenal mit der Hammer- und Sichel-Flagge die deutsche Abordnung passierte. Ein ungläubiger Hoch liegt für uns in dem Refrain: „... erkämpft das Menschenrecht.“ Wir blicken nach Rußland und Spanien, verfolgen aber auch in der ganzen übrigen Welt, wie Streik, Aufruhr, Raub, Brandstiftung und politischer Mord die Formen des bolschewistischen Kampfes sind. Heute schon haben diese Methoden mehr Tote auf dem Gewissen, als im gesamten Weltkrieg an allen Fronten gefallen sind. Dabei sind von den sowjetrussischen Jähren nur die über zwei Millionen offiziellen Tote berücksichtigt; nicht aber enthalten die Aufstellungen die Millionen von Verhungerten, und nicht die in den Zwangsarbeitslagern langsam zu Tode Gequälten. Und immer noch marschieren in zahlreichen Ländern irreführende Arbeiter nach der Melodie des Grauens: „Erkämpft das Menschenrecht“....

Die Zweite Internationale hat sich durch die Beschlüsse von Annemasse für die Ziele des Bolschewismus einzusetzen lassen. Die Moskauer Volksfronttaktik trug also hier erneut ihre Früchte. Als Adolf Hitler den Spieß der Nazis in Deutschland gerichtet, da war das die verhängnisvolle Niederlage, die dem Gedanken der Internationale des Proletariats jemals bereitet wurde, und sie trat mit besonderer Wucht den Weltbolschewismus. Von Stund an änderte dieser seine Taktik. Nun begann er außerhalb Sowjetrußlands, sich nach Möglichkeit zu tarnen. Um handlungsfähig zu werden, vollzog Sowjetrußland den Eintritt in den Völkerbund, den derselbe Witwinow, der alsbald in Genf sich vorzutragen versah, vorher jahrelang mit schwersten Schwähungen bedacht hatte. Die unbegründete Furcht Frankreichs und der Tschechoslowakei vor einem wiedererwarteten Deutschland brachte Moskau die Sowjetpakt ein, und die Abneigung gegen den Faschismus öffnete den Sowjetrussen auf der Konferenz von Montreux die Darbanellen, so daß die bolschewistischen Streitkräfte des Schwarzen Meeres seitdem im Mittelmeer und anderswo verwendet werden können. Die Komintern aber vollzog die Schwenkung zur Volksfronttaktik, die Andienung an die Zweite Internationale. Sie ging dabei von der Erwägung aus, daß die Kommunisten in den betreffenden Ländern zwar rührig, aber bisher keine Widerarbeiten waren, die keine Aussicht hatten, für sich allein in absehbarer Zeit auf parlamentarischem Wege oder auf dem Revolutionsweg das Heft in die Hand zu bekommen. Als Schrittmaßstab jedoch sollten ihr fortan in verstärktem Maße die Sozialisten dienen. Das Fernziel blieb die Weltrevolution, getreu dem Satze Lenin: „Die Gründung der Dritten Internationale ist nichts weiter als der erste Grad der internationalen Sowjetrepublik und des Sieges des Kommunismus in der ganzen Welt.“

Aus dem Volksfronttreiben der dritten steht zur Zeit eine andere Internationale den Vorteil, nämlich die vier. Diese wurde von Trotski-Braunstein gegründet, nachdem er ins Exil gegangen war, denn er sah die Bedrohlichkeit, sich ein politisches Machsinstrument zu schaffen, um international den Kampf gegen den Stalin-Kurs in Sowjetrußland führen zu können. Für die Trotskisten oder, wie sie sich auch nennen, die „Lenin-Bolschewiken“, ist Stalin, der Ljow und Dutsch und wie die Verleugner Moskaus als

## Das Ermächtigungsgesetz im Senat angenommen

Zwischenfall um Kurjol - Chauteemps mahnt zur Versöhnlichkeit

Paris, 30. Juni.

Der Senat hat das Ermächtigungsgesetz mit 167 gegen 82 Stimmen angenommen.

Die Nachmittags-Sitzung des Senats, in der die Aussprache über die Ermächtigungsvorlage begann, führte erneut zu einem Zwischenfall. Der Berichterstatter des Finanzausschusses des Senats, Abel Gardey, empfahl zwar in seiner Rede die Annahme der Ermächtigungsvorlage, kritisierte aber in scharfer Weise die Finanzpolitik der bisherigen Regierung. Der Senat beschloß darauf, die Rede Gardeys in ganz Frankreich öffentlich anzuhängen. Der frühere sozialistische Finanzminister E. Kurjol fühlte sich durch diesen Beschluß des Senats persönlich getroffen und verließ die Sitzung.

Nach 17 Uhr wurde die Senatssitzung fortgesetzt. Staatsminister Blum nahm neben dem Ministerpräsidenten Chauteemps Platz. Der Berichterstatter des Finanzausschusses, Gardey, gab eine kurze Erklärung ab, in der er ausdrückte, daß ihm der Beschluß, seinen Bericht in ganz Frankreich öffentlich anzuhängen zu lassen, sehr gerührt habe. Er bitte den Senat jedoch, den Beschluß rückgängig zu machen, da er eine Spannung zwischen beiden Kammern vermeiden wolle. Der Senat beschloß darauf, dem Wunsch des Berichterstatters zu entsprechen. Bald darauf erschien Justizminister Vincent Kurjol wieder in der Sitzung.

Ministerpräsident Chauteemps verwies darauf, daß die Ermächtigungsvorlage zwei Seiten habe, eine technische, zu der der Finanzminister alles Notwendige mit brutaler Offenheit gesagt habe, und eine politische. Chauteemps betonte, daß die Regierungsumbildung nicht durch einen Wechsel der Mehrheit in der Kammer, sondern durch einen Streit zwischen beiden Kammern hervorgerufen worden sei. In der jetzigen Regierung läge ein großer Teil der bisherigen Kabinettsmitglieder. Man solle sich also nicht polemisch gegen die frühere Regierung wenden. In diesem Zusammenhang stellte er Leon Blum unter dem Vorwand der Unklarheit und dem Gekwirrel der Reden das Zeugnis aus, daß er in allen schwierigen Fragen, vor allem im spanischen Konflikt, und bei den ersten sozialen Streitigkeiten einen klaren Blick und nationalen Geist gezeigt habe. Die finanzielle Lage sei ernst. Es müsse eine umfassende Befragung, die von Doumer

set, in Angriff genommen werden. Er könne feststellen, daß die Regierung einmütig und vollkommen solidarisch sei. Chauteemps schloß mit einem Aufruf zur versöhnlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Kammern.

## Die Franken-Abwertungsverordnung

Neuer Goldgehalt noch nicht festgesetzt

Paris, 30. Juni.

Finanzminister Bonnet hat dem Präsidenten der Republik eine Verordnung zur Unterzeichnung vorgelegt, die folgendes bestimmt:

Die Bestimmungen des Artikels 2 und des ersten Absatzes des Artikels 3 des Währungsgesetzes vom 1. Oktober 1936 werden durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Artikel 2: Der neue Goldgehalt des Franken, die französische Währungseinheit, wird später durch eine im Ministerrat beschlossene Verordnung festgesetzt. Die Bestimmungen der Goldumrechnung der Banknoten der Bank von Frankreich werden auch durch eine im Ministerrat zu beschließende Verordnung festgelegt.

Artikel 3, Absatz 1: Bis zum Inkrafttreten der ersten, im vorhergehenden Artikel vorgesehenen Verordnung wird ein Währungsstabilisierungsfonds die Aufgabe haben, die Beziehungen zwischen dem Franken und den fremden Währungen zu regeln.

## Deutsch wieder Böse in Frankreich

Paris, 30. Juni.

Am Mittwoch um 10 Uhr traten die Mitglieder der Regierung Chauteemps unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zu einem Ministerrat zusammen. Während der Ministerrat tagt, wird bekannt, daß die Worte am Donnerstag wieder geduldet sein wird.

Der neuernannte Vizepräsident der Reichsregierung, den die Bank von Frankreich dem Staat gewähren kann, ist auf 15 Milliarden Franken angesetzt.